



Hightech-Doc Wenn Roboter statt Ärzten auf Visite gehen Seite **35**

Röhre Das hochauflösende Fernsehen HDTV sendet, doch keiner kann es sehen Seite **31**

Gewinner Die Preisträger des Best of European Business Award Seite **34**

Rom ab € 29
One-Way-Komplettreis für ausgesuchte Abflüge
Dazu viele weitere Ziele.

Infos und Buchungen: **airberlin.com**

KOLUMNE: GERADE IN DER GROSSEN KOALITION BRAUCHEN DIE PARTEIEN EIN EIGENLEBEN (SEITE 32)

Google greift Rivalen mit Onlinemarkt an

Suchmaschine entwickelt Plattform für Internethandel

Von **Titus Kroder**, San Francisco, und **Helene Laube**, London

Das Internet-Suchportal Google erwägt den Start eines Online-Marktplatzes. Das Unternehmen bestätigte gestern im Internet kursierende Gerüchte, es teste eine entsprechende Plattform. „Es ist ein Produkttest. Wir studieren permanent neue Wege, unser Angebot auszuweiten“, sagte eine Google-Sprecherin. Details wollte sie nicht nennen. Die reichweitenstärkste Suchmaschine der Welt greift mit ihrem Vorstoß das Geschäftsmodell von etablierten Anbietern von Kleinanzeigen im Internet wie Craigslist in den USA oder Scout24 in Deutschland an. Ziel könnte auch sein, eine Konkurrenz zu Ebay aufzubauen. Betroffen wären außerdem Verlage, die in den vergangenen Jahren wegen rückläufiger Kleinanzeigenumsätze in ihren Blättern Onlineangebote aufgebaut haben.

90 Prozent Umsatz mit Werbung

Google räumte den Test des Marktplatzes ein, nachdem im Internet entsprechende Webseiten im firmentypischen Layout aufgetaucht waren. Der geplante Dienst soll laut Testwebseite „Google Base“ heißen. Auf der Seite, die inzwischen nicht mehr über das Internet erreichbar ist, werden Vorschläge für mögliche Angebote gemacht. Die Spanne reicht von „einem gebrauchten Auto, das verkauft werden soll“ bis zu einer „Datenbank von Proteinstrukturen“.

Google macht derzeit mehr als 90 Prozent seines Umsatzes mit Werbelinks, die bei Suchabfragen neben den Ergebnissen erscheinen. Das Geschäft boomt zwar, ihm werden jedoch von Marktforschern abflachende Wachstumsraten vorhergesagt. Google muss deshalb in neue Felder vorstoßen. Branchenbeobachter rechnen damit, dass Google Base mit dem schon länger gehegten Ziel in Zusammenhang stehen könnte, in das Geschäft mit der Abwicklung von Zahlungen im Internet einzusteigen. Das wird bislang von Paypal dominiert, einer Tochter von Ebay. In jedem Fall werde Google versuchen, seine 400 Millionen regelmäßigen Nutzer weltweit auf die neue Plattform zu ziehen, schätzen Branchenkenner.

Konkurrenz zeigt sich gelassen

Anbieter von Online-Kleinanzeigen gaben sich gestern gelassen: „Wir sehen darin keine Konkurrenz zu uns“, sagte Jim Buckmaster, Chef von Craigslist. Der Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (BDZV) winkte ebenfalls ab. „Der Schritt von Google kommt nicht überraschend. Die Verlage sind heute deutlich besser aufgestellt als zu Beginn der Online-Rubriken-Bewegung“, sagte Christoph Nogly, Referent Multimedia beim BDZV. Man sehe der Entwicklung „gelassen entgegen“. Die meisten Verlage, die Online-rubriken anbieten, hätten heute eine Reichweite in ihren Regionen, die Google erst einmal aufbauen müsste.

Die Google-Aktie legte gestern in einem schwachen Gesamtmarkt mehr 2,5 Prozent zu. Ebay-Papiere gewannen allerdings ebenfalls 0,8 Prozent.

WWW.FTD.DE/GOOGLE
LEITARTIKEL Seite 33

Deutsche sollen länger arbeiten

Einvernehmen zwischen Union und SPD über späteren Ruhestand · Rente ab 67 im Gespräch

Von **Timo Pache**, Berlin

Union und SPD haben sich auf erste Punkte eines umfangreichen Pakets zur Sanierung der Rentenversicherung verständigt. Beide Seiten seien sich einig, dass Arbeitnehmer künftig aus demografischen und finanziellen Gründen länger arbeiten sollten, erfuhr die FTD gestern aus der zuständigen Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales. Auch über die Rente mit 67 sei gesprochen worden, hieß es bei Union und SPD. Ziel sei es, den Rentenbeitrag bis 2020 nicht über 20 Prozent steigen zu lassen.

Die aktuelle Finanzkrise der gesetzlichen Altersversicherung ist neben den Haushaltslöchern und der hohen Arbeitslosigkeit eines der größten Probleme der künftigen Bundesregierung. Erst am Dienstag hatten die Rentenversicherer gewarnt, ohne Gegenmaßnahmen müsse der Beitrag 2007 auf 19,7 Prozent steigen. Derzeit liegt er bei 19,5 Prozent des Bruttogehalts.

Das Thema Rente sei „sehr konstruktiv“ diskutiert worden, hieß es gestern in der Arbeitsgruppe, die von SPD-Chef Franz Müntefering und dem CDU-Politiker Ronald Pofalla geleitet wird. Nach der Sitzung am Dienstagmorgen sei man sich im Grundsatz einig gewesen, langfristig auch das gesetzliche Renteneintrittsalter anzuheben. „Es geht auch hier darum, die Finanzen in den Griff zu bekommen“, sagte ein Teilnehmer der Runde. Im Raum steht der Vorschlag, die Altersgrenze ab 2011 über 24 Jahre hinweg jedes Jahr um einen Monat anzuheben. Eine Rente ohne Abschläge könnten Arbeitnehmer im Jahr 2035 dann erst mit 67 beantragen.

Schon vergangene Woche hatte die designierte Kanzlerin Angela Merkel erklärt, für die Zeit nach 2010 stehe auch eine Verlängerung der Arbeitszeit über das 65. Lebensjahr hinaus an. Unklar ist aber noch, ob eine solche Maßnahme bereits in dieser Legislaturperiode per Gesetz beschlossen werden muss. Angesichts des gebotenen Vertrauensschutzes für Arbeitnehmer müsse die Maßnahme auf jeden Fall frühzeitig angekündigt und beschlossen werden, hieß es in der Arbeitsgruppe. Das letzte Wort haben in



MANAGERBEZÜGE

Transparenz

Topmanager von öffentlichen Unternehmen sollen verpflichtet werden, ihre individuellen Bezüge offen zu legen. In den laufenden Koalitionsverhandlungen hat die Union nach Angaben aus Verhandlungskreisen ihre „grundsätzliche Bereitschaft“ zu solch einer Regelung signalisiert. Eine endgültige Einigung über die Details sei allerdings noch nicht erzielt worden, hieß es. Im Sommer hatte die rot-grüne Bundesregierung bereits einen Gesetzentwurf verabschiedet, der eine Offenlegungspflicht für börsennotierte Unternehmen vorsieht. Demnach müssen Aktiengesellschaften im Anhang zum Jahresabschluss fixe und variable Gehaltsbestandteile ihrer Vorstandsmitglieder veröffentlichen. *Birgit Jennen*

dieser Frage Merkel und Müntefering. Spätestens 2008 muss die Regierung einen Bericht zum Renteneintrittsalter vorlegen.

Darüber hinaus haben sich Union und SPD darauf verständigt, die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer zu verbessern. Im Gespräch ist ein Programm „55 plus“, durch das speziell ältere Arbeitslose wieder einen Job erhalten sollen. Ein Viertel aller Arbeitslosen ist 50 Jahre und älter.

Vor allem die SPD dringt darauf, vor weiteren Einschnitten erst das effektive Renteneintrittsalter zu erhöhen. Derzeit verabschieden sich Männer und Frauen im Schnitt mit etwa 61 in den Ruhestand. Die gesetzliche Altersgrenze liegt bei 65 Jahren.

Die Union besteht dagegen auf einer Klausel, mit der Arbeitnehmer mit vielen Berufsjahren ohne Einbußen auch früher in Rente gehen können. Versicherte, die

mindestens 45 Jahre lang Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt haben, sollen sich ohne Abschläge zur Ruhe setzen können. Allerdings dürfe diese Ausstiegsklausel die Rentenversicherer nicht zusätzlich belasten, wurde auch in der Union eingeräumt.

Insgesamt soll das Paket die Versicherer finanziell entlasten und den Beitrag stabilisieren. Daher solle auch die erst in diesem Jahr in Kraft getretene Rentenreform nachgebessert werden. So sollten jene Einspareffekte der Reform, die derzeit wegen geringer Lohnsteigerungen ausfallen, nachgeholt werden. Für Rentner würde dies bedeuten, dass auch nach der dritten Nullrunde in Folge in diesem Jahrzehnt kaum Aussichten auf eine nennenswerte Rentenerhöhung bestehen.

WEITERE BERICHTSE Seite 12, 13
LEITARTIKEL Seite 33

Deutscher Wagniskapitalmarkt kommt wieder in Fahrt

Erstmals seit Jahren legen Beteiligungsfirmen neue Fonds auf · Börsengänge verbessern Stimmung

Von **Angela Maier**, Frankfurt

Der deutsche Markt für Wagniskapital belebt sich nach langer Flaute wieder. In diesem Jahr sei bisher sieben Wagnisfinanziers die Auflage neuer Fonds gelungen, sagte Holger Frommann, Geschäftsführer des Bundesverbands deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK), gestern in Frankfurt. Damit stehen über 600 Mio. € frische Mittel zur Finanzierung junger Technologie- und Life-Science-Unternehmen zur Verfügung. Nach dem Platzen der Börsenblase 2000 hatten Wagnisfinanzierer über zwei Jahre lang gar keine neuen Fonds mehr auflegen können. Die noch junge Branche wurde dafür abgestraft, dass sie in der Euphorie des Neuen Marktes zu viel Geld in wenig aussichtsreiche Unternehmen gesteckt hatte. Dies hatte bei

den Geldgebern – meist Pensionskassen und Versicherungen – hohe Verluste verursacht. Seither hat sich der Großteil der Finanzierer verabschieden müssen, da sie von ihren Investoren keine neuen Mittel mehr erhalten. So schrumpften die Wagniskapitalinvestitionen von 3,7 Mrd. € im Jahr 2000 auf 1 Mrd. € 2004 und 366 Mio. € im ersten Halbjahr 2005.

Die wenigen Überlebenden im Markt verspüren nun Auftrieb – ausgelöst auch von einer Reihe erfolgreicher Börsengänge. „Das ist ein wichtiges Indiz für die Investoren“, sagt Christian Nagel, Partner beim Finanzier Earlybird. „Denn es eröffnet für unsere Portfoliounternehmen nicht nur die Möglichkeit des Börsengangs, sondern verbessert auch die Chancen auf einen Verkauf an einen industriellen Investor.“ Erstmals seit Jahren gelang mehreren wagnisfinanzierten Unternehmen

zuletzt wieder der Sprung aufs Parkett, darunter Tipp24, Interhyp, Ersol und Q-Cells.

In den kommenden Monaten dürfte das Volumen des eingesammelten Wagniskapitals die Milliardengrenze deutlich überschreiten. Denn eine Reihe weiterer Wagnisfinanzierer bereitet neue Fonds vor und rechnet mit dreistelligen Millionenzuflüssen: darunter Earlybird, Target Partners, Polytechnos, TVM und Wellington Partners.

Leicht ist die Suche nach Investoren aber nach wie vor nicht. „Die Stimmung ist immer noch schlecht für europäisches Wagniskapital“, sagt TVM-Partner Helmut Schühler, der jetzt einen Life-Science-Fonds aufgelegt hat. „Nur die Besten kommen durch.“

WWW.FTD.DE/WAGNISKAPITAL
WEITERER BERICHT Seite 23

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE: 22.30 UHR

DAX (XETRA)	DOW JONES	EURO in DOLLAR
5200 → 4900,79	10600 → 10345,54	1,230 → 1,2064
5100 Schluss	10500 Schluss	
5000	10400	1,210
4900	10300	1,200
4800	10200	1,190
4700	10100	1,180
13.10.	26.10.	13.10.
26.10.	25.10.	26.10.
% Änd.	% Änd.	% Änd.
Dax 4900,79 4872,97 0,57	10J UST 4,587 4,534 0,053	
Stoxx* 3304,27 3292,52 0,36	10J Bund 3,378 3,311 0,067	
TecDax 570,07 566,30 0,67	3-M-Euribor 2,209 2,186 0,023	
Nikkei 13395,02 13280,62 0,86	Brent Oil 58,87 60,24 -1,37	
DJIA 10345,54 10377,87 -0,31	€ in \$ 1,2064 1,2106 -0,0042	
Nasdaq 2100,05 2109,45 -0,45	\$ in ¥ 115,88 115,04 0,84	
* EuroStoxx 50	Schlusskurse oder Stand: 22.10 Uhr MESZ	

ONLINE-FINANZTOOL: WWW.FTD.DE/CHARTS

UNTERNEHMEN

Lufthansa Systems sucht Partner

Lufthansa Systems, die IT-Tochter der Airline, baut ihre Struktur um. Für Teilbereiche der Firma werden Partner oder auch Käufer gesucht. Seite **3**

Volkswagen

Der VW-Konzern will seine IT-Tochter Gedas verkaufen. Unter den Bietern befinden sich nach FTD-Informationen T-Systems, IBM, Apax und EDS. Seite **3**

Fraport



Siltronic

Der Chemiekonzern Wacker hat die Gespräche über den Verkauf seiner Halbleitertochter Siltronic gestoppt. Damit ist bereits der zweite Versuch gescheitert, den Hersteller von Silizium-Wafern zu veräußern. Seite **9**

Der Bund hat seine Anteile am Flughafenbetreiber Fraport verkauft und dabei rund 600 Mio. € eingenommen. Die Aktie gab zunächst nach, machte ihre Verluste anschließend aber wett. Seite **8**

POLITIK & WIRTSCHAFT

Vogelgrippevirus erreicht Kroatien

Das auch für Menschen gefährliche Vogelgrippevirus H5N1 hat Kroatien erreicht. Es wurde bei Schwänen 200 Kilometer östlich von Zagreb entdeckt. Seite **11**

SPD-Linke Nahles plant Kampfkandidatur

Im Streit um die Besetzung des Generalsekretärspostens in der SPD geht die Parteilinke **Andrea Nahles** auf Konfrontationskurs. Sie plant eine Kampfkandidatur gegen den von Parteichef Franz Müntefering favorisierten jetzigen Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel. Seite **11**

EU sieht deutsche Steuerpläne skeptisch

Die von den deutschen Finanzministern geforderte Umsatzsteuerreform stößt bei der EU-Kommission auf große Skepsis. Sie fürchtet Steuerausfälle. Seite **14**

Blair mahnt vor EU-Gipfel Reformen an

Der britische Premier Tony Blair hat angekündigt, den Konflikt um den EU-Haushalt nur in Verbindung mit umfassenden Wirtschaftsreformen lösen zu wollen. Seite **16, 17**

FINANZEN

Sparkassen gehen auf Kuschelkurs

Der Sparkassenverband versucht, den Konflikt mit den Landesbanken zu entschärfen, geht aus dem Entwurf einer Erklärung zum Strategietreffen hervor. Seite **21**

AHBR muss um Neugeschäft fürchten

Die ungeklärte Zukunft der Hypothekbank AHBR schlägt auf deren Neugeschäft nieder. Sie kann sich am Kapitalmarkt nur schwer refinanzieren. Seite **22**

McCreevy krepelt Aufsichtsregeln um

Binnenmarkt-Kommissar Charlie McCreevy peilt eine Reform der EU-Vorgaben für Bankenaufsichten an, um Zusammenschlüsse von Instituten zu fördern. Seite **23**

WWW.FTD.DE

GfK veröffentlicht Konsumklimaindex
Nachdem der Ifo-Geschäftsklimaindex auf den höchsten Stand seit fünf Jahren gestiegen ist, rechnen Experten mit einer Stagnation beim Konsumklima. Der hohe Ölpreis schlägt auf die Stimmung der Verbraucher.

NAMEN- UND FIRMEN-INDEX SEITE 2



Abonentenservice 01802 30 40 20 € 0,06/Anruf